

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 84 (2004)
Heft: 2-3

Buchbesprechung: Sachbuch

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sachbuch

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Herausforderung Klimawandel

Bestandsaufnahme und Perspektiven der Klimaforschung

BMBF Studie, Berlin 2003, www.bmbf.de/pub/klimawandel.pdf

besprochen von **Edgar Gärtner**

Der vom Deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eingesetzte Sachverständigenkreis «Globale Umweltaspekte» weist schon in der Vorbemerkung seines am Ende des vergangenen Jahres nach einigem Hin und Her vorgelegten Abschlussberichts darauf hin: *«Ein kausaler Zusammenhang eines einzelnen Extremereignisses (wie etwa der Flutkatastrophen des Sommers 2002) mit einer beginnenden Veränderung des Globalklimas ist wissenschaftlich nicht belegbar.»* (S. 6) Statistische Untersuchungen zeigen keine Korrelation zwischen der Häufigkeit von Extremniederschlägen und der Entwicklung der bodennahen Temperatur. Das vom Essener Physikochemiker Reinhard Zellner geleitete Gremium, dem nicht nur Naturwissenschaftler wie die Klimaforscher Guy Brasseur (Hamburg), Martin Claussen (Potsdam) und Jörn Thiede (Bremerhaven), sondern mit dem Volkswirtschaftler Gunter Stephan (Bern) und dem Soziologen Peter Weingart (Bielefeld) auch kritische Sozialwissenschaftler angehörten, beklagt, Politik und Medien hätten sich in den letzten Jahren darauf versteift, im Klimawandel etwas Böses zu sehen, das es zu verhindern gelte – koste es, was es wolle. Doch es sei unmöglich, den Klimawandel aufzuhalten. *«Die bisherige pauschale Annahme, dass Klimaveränderungen negativ zu sehen seien, sollte durch eine vorurteilsfreie Sicht ersetzt werden, da es nicht um gut und schlecht geht, sondern darum, wie mit dem, was da kommt, rational umgegangen wird»*, meinen die Wissenschaftler (S. 52).

Das Kyoto-Protokoll vom Dezember 1997 sei jedenfalls nicht geeignet, das Klima zu stabilisieren. Es habe lediglich politische Bedeutung, denn vor dem Jahr 2070 sei von der Umsetzung der in Kyoto eingegan-

nen Reduktionsverpflichtungen kein Einfluss auf die Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur zu erwarten. Ohnehin sei dieser Mittelwert für die Ökologie und die menschliche Gesellschaft belanglos. Vielmehr komme es auf die lokalen Auswirkungen des Klimawandels an, die aber kaum absehbar seien. Die Kosten der in Kyoto von der deutschen Bundesregierung übernommenen Verpflichtung zur Reduktion der «Treibhausgase» Kohlendioxid, Methan, Lachgas, Fluorkohlenwasserstoffe und Schwefelhexafluorid bis zum Jahre 2020 werden vom zuständigen Bundesminister auf nicht weniger als 250 Milliarden Euro geschätzt. Inzwischen hat die zweite rot-grüne Regierung in Berlin verkündet, sie werde an dieser Verpflichtung auch dann festhalten, wenn das Kyoto-Protokoll, wie absehbar, gar nicht in Kraft treten sollte.

Der Sachverständigenkreis stellt die dem Abkommen von Kyoto zugrunde liegende Annahme, zumindest die in den vergangenen drei Jahrzehnten gemessene leichte Erwärmung der Erde gehe überwiegend auf das Konto menschengemachter CO²-Emissionen, nicht ausdrücklich in Frage. Stringent herleiten lässt sich dieser Schluss allerdings aus den Aussagen der Studie keineswegs. Immerhin gehen die Forscher davon aus, die Erwärmung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehe nicht auf den umstrittenen «Treibhauseffekt», sondern auf verstärkte Sonnenaktivität zurück. Sie geben offen zu, dass die Ergebnisse der von ihnen untersuchten mathematischen Klimamodelle entscheidend von geschätzten Eingabegrößen abhängen und dass die Modellrechnungen gleich mehrere Unbekannte (wie Veränderungen der Landnutzung, des Aerosol- und Wasserdampfgehalts der Atmosphäre beziehungsweise der mittleren Wolkenbedeckung der Erde unter dem Einfluss von Schwankungen der Sonnenaktivität und der kosmischen Strahlung) enthalten, deren potentieller Einfluss auf die Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur grösser ist als der angenommene Einfluss menschengemachter «Treibhausgase». Sie weisen auch darauf hin, dass das bislang wärmste Jahr seit Menschengedenken (1998) nicht auf CO², sondern auf ein El Niño-Ereignis zurückgeht. Zudem scheint es in den letzten 10 000 Jahren zumindest auf der Nordhemisphäre mehrmals deutlich wärmer gewesen zu sein als heute: *«Rekonstruktionen belegen, dass die Alpen während der letzten zehntausend Jahre wiederholt nahezu frei von Gletschern waren»*, heisst es in der Studie (S. 43). Auch eine Rekonstruktion des Wechsels von Kalt- und Warmzeiten in den letzten 400 000 Jahren aufgrund von Bohrkernen des Antarktis- oder Grönland-Eises erlaube es nicht, die Rolle von

CO² für die Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur zu klären, stellt der Beirat fest, zumal die in der Studie (S. 33) abgebildete Temperaturkurve der CO²-Kurve immer vorauszuweichen scheint und somit darauf hinweist, dass die CO²-Zunahme der Erwärmung folgte und nicht umgekehrt. Unter normalen Umständen dürfte also kaum jemand grosses Aufhebens um die CO²-Erwärmungs-Hypothese machen. Sie würde wohl gerade noch für diskussionswürdig erachtet. Doch sei Klimaforschung keine normale Naturwissenschaft, sondern *«postnormal science»*, meinen die Sachverständigen.

Der Bericht ist nicht nur für die Klimapolitik in Deutschland bedeutsam. Er könnte und sollte als wissenschaftlich fundierte Grundlage entscheidende Impulse zu einer neuen europäischen und globalen klimapolitischen Debatte vermitteln. ■

Edgar Gärtner ist freier Wissenschaftsjournalist in Frankfurt am Main.

Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart 2003

Der Wegweiser durch die Steuerdebatte

Vom Steuerchaos zur Einfachsteuer

Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart 2003

besprochen von **Bernhard Ruetz**

In Europa ist die Steuerbelastung in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegen. Je höher, komplizierter und zudringlicher ein Staat seine Bürger besteuert, umso mehr regt sich Widerstand. Besonders bedenklich ist die Situation in Deutschland, wo die Steuerfahndung über mehr Kompetenzen verfügt als die gewöhnliche Polizei. Das deutsche Einkommens- und Gewinnbesteuerungssystem ist mit seiner Fülle von Ausnahmebestimmungen kaum mehr durchschaubar. Es verleitet Regierungen dazu, unternehmerische Investitionen durch Vergabe von Steuerprivilegien anzuregen, anstatt für gute ökonomische Rahmenbedingungen zu sorgen.

In Deutschland ist die Steuermoral, wie der Heidelberger Ökonomieprofessor Manfred Rose in seinem aktuellen Buch über das deutsche Steuersystem schreibt, auf einen kaum mehr zu unterbietenden Tiefstand gesunken. Regierung und Opposition debattieren wohl über eine Vereinfachung des Einkommenssteuerrechts durch Senkung der Steuersätze, aber ein entscheidender Durchbruch ist kaum zu erwarten. Rose will einen Weg aus dem deutschen «Steuerchaos» aufzeigen. Das Zauberwort heisst *«Flat Tax»* oder zu deutsch «Einfachsteuer». Deren Erfinder ist der amerikanische Ökonom Alvin Rabushka, mit dem einprä-

samen Bild der Steuererklärung auf einer Postkarte. Als intellektuelle Provokation gegen die progressive Einkommenssteuer in den 1980er Jahren angelegt, ist das Einfachsteuermodell mittlerweile in Russland, der Ukraine und der Slowakei in die Praxis umgesetzt worden und wird in jüngster Zeit im deutschsprachigen Raum intensiv diskutiert. Nun soll auch Deutschland von der Einfachsteuer profitieren, und zwar mit einem einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent auf Einkommen und Gewinn. Eine solche lebenszeitlich orientierte Einkommenssteuer, die alle Arten von Einkommen im Laufe des Lebens nur einmal und zu einem gleichen Satz belastet, soll das Sparen und Investieren gegenüber dem Sofortkonsum wieder begünstigen, die Steuermoral heben und Deutschland auf den Pfad des Wachstums zurückführen.

Roses «Wegweiser durch die Steuerdebatte» richtet sich an eine breite Leserschaft, ist frei von fachwissenschaftlicher Terminologie und präsentiert sich in handlichem Format. Den deutschen Steuerzahlern wird die «Therapie» der Einfachsteuer anhand zahlreicher Fallbeispiele, Graphiken und Illustrationen auf unterhaltsame Weise schmackhaft gemacht. Ein Teil der schweizerischen Leserschaft und generell alle Verfechter eines nichtzentralen Wettbewerbsföderalismus dürften mit Roses Steuerrezepten allerdings einige Mühe bekunden. Ob sich ein faires, «partnerschaftliches Steuerregime» in der Tat durch steuerrechtliche Egalität, in Form einer zentral erhobenen, gleichen und relativ tiefen Einkommens- und Gewinnsteuer gepaart mit der Mehrwertsteuer, erzielen lässt, bleibt zumindest fragwürdig und vor allem nicht verallgemeinerungsfähig. Auch wenn Roses Buch durch praktische Vorschläge überzeugen will, wären einige weiterführende und alternative Gedanken über die Schaffung eines moderaten Steuersystems durchaus angebracht gewesen. So erfährt der Leser nichts über andere gangbare Wege zur Senkung der Steuer- und Abgabenlast, wie zum Beispiel die Stärkung der Privat- und Kommunalautonomie, die direktdemokratische Mitbestimmung in steuerlichen Fragen auf allen staatlichen Ebenen sowie die Schaffung eines echten Wettbewerbsföderalismus. Auf jeden Fall liegt Roses Buch erfrischend quer in der argumentativ höchst technokratisch geführten Debatte der politischen Parteien über eine Reform des deutschen Einkommenssteuersystems. ■

Der promovierte Historiker **Bernhard Ruetz** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Liberalen Institut in Zürich.